

## Wie der schlafende Riese aufwachen kann - der universalisierte ökologische Fußabdruck als konkrete Utopie -

Erst den Kapitalverwertungsdruck durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel aufheben; erst Einkommen, Vermögen, Steuern umverteilen; erst öffentliche Dienstleistungsbereiche ausbauen; erst Luxus von Grundbedarf unterscheiden; erst die Menschen mit Glücksversprechen zu postmateriellem Verhalten animieren; erst ordnungspolitisch bestimmte Produktions- und damit Konsumbereiche eindämmen; erst die Ökonomie auf eine Postwachstumsökonomie vorbereiten, die nicht mehr nur als Wirtschaftskrise gedacht werden muss....

All diese Vorschläge zur Erreichung einer nachhaltigen oder auch sozial-ökologisch transformierten Gesellschaft sind nicht falsch, im Gegenteil äußerst wünschenswert, aber alle sind langwierig und umständlich, sie erfordern politische Kämpfe, die zwar die dringende direkte Reduzierungs- und Begrenzungsfrage von Energie und Ressourcen begleiten müssen, diese aber nicht eskamotieren können. Suffizienz im Sinne einer schnellstmöglichen und drastischen Reduktion des Material- und Ressourcendurchflusses (mit der Wirkung entsprechender Verschmutzungsreduktionen) ist das unausweichliche Ziel, die Behauptung, materielle Wohlstandssicherung auf dem status quo sei mithilfe von Öko-Technik möglich, ist hinlänglich als Ideologie nachgewiesen worden<sup>1</sup>. Es scheint dabei ein großes Bedürfnis zu geben, den jeweiligen Transformationsansatz als politischen Kampf mit bestimmbareren politischen Fronten und Gegnern zu erleben. Das Einfachste wird dabei geflissentlich übersehen: Es muss eine Regel, mithin eine Grenze, für den Material- und Ressourcendurchsatz pro Mensch auf der Erde geben, ein Regelsystem über globale und nationale, damit auch individuell bestimmbare Fußabdrücke. Alle Transformations- (im Sinne von Suffizienz)strategien zielen im Grunde auf diese eine Zahl. Es ist aber offenbar tabu, derart in medias res zu gehen. Man hat den Eindruck, dass die angebliche Komplexität und Schwierigkeit der Frage unterschwellig darauf angelegt ist, einfache und radikale Klarheit zu vermeiden.

Es gibt seit zwanzig Jahren die Möglichkeit, Vernutzung/Verschmutzung in Form von Fußabdrücken zu messen. Sie ergeben sich aus den nationalen Verbrauchskennziffern, die dann für die Staatsbürger in Pro-Kopf-Einheiten umgerechnet werden können. Theoretisch ist jedes Produkt und jede Dienstleistung auf diese Weise berechenbar. Für jeden schnell zugängliche Statistiken geben Auskunft über die Platzierung beim CO<sub>2</sub>- sowie beim ökologischen Fußabdruck in ha im Vergleich der Nationen. Ebenso sind die Daten bekannt, die angeben, was an Vernutzung/Verschmutzung noch stattfinden darf, ehe wahlweise 1,5 oder 2 oder 2,5 Grad Erwärmung erreicht sind bzw. ehe Reservoirs an Rohstoffen jeweils vernutzt sind. Bei der Umrechnung in CO<sub>2</sub> entsteht immer der Anschein, es gäbe noch Spielräume und Korridore, bei der Vernutzung von Ressourcen hingegen, von denen jeder weiß, dass Grenzen bereits überschritten sind, ist es einfacher und plausibler, unmittelbar an Suffizienz zu erinnern, vor allem, wenn es um belebte Natur geht. So können Bruhn/Böhme raten: "Nehmen wir an, ... Sie möchten etwas gegen die Überfischung der Meere tun ... Würden Sie akribisch alle Berichte über Ölkatastrophen und Müllteppiche in den Weltmeeren verfolgen, würden Sie sich angesichts der furchtbaren Ausmaße vermutlich schnell hilflos fühlen und erst mal resignieren. Damit ist den Meeren aber nicht geholfen. Sinnvoller wäre es, wenn Sie sich auf den Teil konzentrieren, den Sie kontrollieren

---

<sup>1</sup>vgl. dazu z.B. ausführlich und detailliert Kern, bes. Kap. 1,2 und 6, aber auch die Technik-Analysen von Klaus Maier beim Netzwerk Ökosozialismus

können: Sie kaufen keinen Fisch mehr ein." (162) Es ist bezeichnend, dass in der gesellschaftlichen Diskussion nie deutliche Diskurs-Unterscheidungen für den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und den ökologischen Fußabdruck, in den eben auch belebte und unbelebte Ressourcen einberechnet werden, gemacht werden.

Simple individuelle Suffizienz angesichts der "Zangengriffkrise"<sup>2</sup> von Klima- und auch Ressourcenkrise zerschlägt den gordischen Knoten eines verkomplizierenden Umgangs mit der Ökokrise in Technik, Politik und Ökonomie. Es ist zu einfach, um wahr zu sein. Oder wie Paech es formuliert: "Heerscharen von Zuständigkeiten und den damit verknüpften Karriere- und Einkommensquellen würde die Basis entzogen, wenn zu viele Menschen dreist genug wären, den ursachenadäquaten Weg zur Lösung gesellschaftlicher Probleme einzuschlagen, nämlich die Problemquelle – beispielsweise eine zu energieaufwendige Lebensweise – direkt zu adressieren, statt sie in einen aufwendigen Kokon aus Technik und Institutionen einzuweben, um sie (hoffentlich) zu entschärfen. Je moderner Gesellschaften werden, desto mehr wird das Naheliegende und Einfache zum Revolutionären, weil es den Legitimationskulissen und einem auf Optionenwucherung beruhenden Gestaltungswahn den Sinn entzieht." (Folkers, 192) So ist es, es muss krachen, scheppern, spektakulär sein, wie es sich für eine mediale Welt wie die unsrige gehört; die unauffällige Stille realer gelebter Suffizienz im Kleinen wird schlicht übersprungen. Leider zieht Paech aus dieser hellsichtigen Situationsbeschreibung nicht den Schluss, nun auch einen verbindlichen Fußabdruck pro Person vorzuschlagen oder zumindest die Diskussion darüber anzuregen.

Mein Vorschlag besteht nun darin, einen Fußabdruck pro Kopf national anzuvisieren und ihn international zur Diskussion zu stellen, so dass global klimagerechte Fußabdrücke pro Nation gefunden werden können. Suffiziente Verteilungsmodelle in verschiedenen Varianten gibt es bereits, zB. das Schweizer Modell einer "2000-Watt-Gesellschaft" oder "Zerocarbonbritain", ein britisches Modell zum vollständigen Verzicht auf fossile Energien zugunsten erneuerbarer, wobei ein Rationierungsplan der Umstellung auf Erneuerbare vorausgeht. (dazu Hänggi, 232 ff). Auch Schneidwind vom Wuppertal-Institut plädiert für ein Vernutzungs-Limit sowohl bei Ressourcen und Material als auch beim Fußabdruck von Treibhausgasen, beides solle bei 8 Tonnen pro Kopf und Jahr liegen. (Schneidwind, 155 ff.)Kempfert kann sich sogar vorstellen, "dass jeder Mensch in Deutschland nur noch etwa 7 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Tag ausstoßen darf, dann wird er lernen, wie er mit weniger zurechtkommt." (Kempfert, 64)

Im Folgenden erläutere ich erst die Vorteile dieser Suuffizienzstrategie, dann Voraussetzungen und potentielle Wege in die Praxis.

### **Menschen müssen ihren Beitrag kennen**

Wir leben heute in einer Situation, wo jede(r) immer ein bisschen öko ist und dann doch größtenteils nicht. Wirklich individuelle Suffizienzbestrebungen können sich nur im Ungefähren verlieren, weil die Individuen nie wissen, welche quantitative Bedeutung ihre Verhaltensweise verglichen mit weiteren eigenen und anderen Verhaltensweisen jeweils hat. Was ist durch das gekaufte Öko-Produkt, den unterlassenen Flug, die vegetarische Ernährung absolut gesehen wirklich gewonnen? Wie stehe ich im Vergleich mit anderen Individuen in meiner Umgebung, im

---

<sup>2</sup> Kern, 47, in Anlehnung an Saral Sarkar. Nicht zu verwechseln ist der Begriff mit der "Zangenkrise", ein Begriff, den Klaus Dörre gelegentlich für das Zusammenfallen der politökonomischen ("roten") und politökologischen ("grünen") Krise benutzt.

nationalen Vergleich, im globalen Vergleich mit meinem Lebensstil und getätigter oder ungetätigter Suffizienz wirklich da? Welche Schädlichkeit hat denn überhaupt dieser oder jener Konsum, ausgedrückt in Zahlen? Die viel zitierte Apfelfrage "Ist der konventionelle, aber regionale oder aber der Öko-Apfel von weit her nachhaltiger?" lässt sich vom Konsumenten her nicht beantworten. Sicher, es gibt die allgemeine Faustregel für Obst und Gemüse: regional, saisonal und fair. Gäbe es den verbindlichen Fußabdruck, der mit jedem getätigten Kauf mitgeliefert würde, herrschte hier Transparenz und Berechenbarkeit. In kritischen Diskursen erscheinen qualitative Wertungen immer als progressiver und lebensnäher als quantitative, die immer den Geruch von formalisierter Äußerlichkeit haben, aber hier ist es umgekehrt: Die qualitative Frage, ob ich "ökologischer" bin, wenn ich auf Fleisch verzichte oder wenn ich auf den Flug verzichte und deswegen anderen Entsprechendes nahelegen will, neigt genau zu dem Moralisieren, das (konsum)freiheitsliebende Bürger gerade ablehnen. Sie könnten innerhalb des Budgets eines verbindlichen Fußabdrucks tun, was sie wollen, müssten überhaupt nichts moralisieren, begründen, rechtfertigen, entschuldigen, abwehren, verteidigen. Sie müssten schlicht bei ansonsten freier Wahl ihrer Lebensweise mit einer bestimmten bemessbaren Grenzlinie auskommen, die für alle in gleicher Weise die Grundbedingungen des Lebens, nicht aber die inhaltlichen Füllungen der Lebensstile selbst festlegen. Wer so an seinem sogenannten "Sportwagen" hängt, dass er ihn regelmäßig "ausfahren" muss, könnte dies tun, müsste sich an anderer Stelle aber umso mehr einschränken, vielleicht Vegetarier werden, eine kleine Wohnung beziehen, analog statt digital kommunizieren, mit 17 Grad Zimmertemperatur auskommen oder anderes.

Paech nennt diese notwendige Fokussierung auf einen ökologischen Gesamtüberblick der individuellen Verhaltensweisen "Subjektorientierung" gegenüber willkürlichen Einzelentscheidungen hier und da als "Objektorientierung", die nur einen "Mittelcharakter" haben, wichtig sei aber der "tatsächliche Zielerreichungsgrad – in diesem Fall die Begrenzung des ökologischen Fußabdrucks". (Folkers,177, 205) Ich muss eine bestimmte Verhaltensweise ökologisch sowohl mit meinen eigenen anderen oder alternativen Verhaltensweisen als auch mit denen anderer Menschen (im In- und Ausland) vergleichen können. Man könnte genauso gut sagen, diese "Subjektorientierung" ist nun gerade das Objektive aufgrund seiner Abgleichbarkeit mit anderen Verhaltensweisen und anderen Menschen, die auf eine bestimmte Sache bezogene Verhaltensweise umgekehrt subjektiv, weil sie eben mir persönlich als besonders ökologisch "wertvoll" erscheint, ohne dass ich die objektive Größenordnung in meinem und im kollektiven Gesamtbudget kenne. Paech trägt die Gründe für die Notwendigkeit einer individuell bemessbaren Suffizienz zusammen: "Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand nicht von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze für die von einem einzelnen Individuum in Anspruch genommene materielle Freiheit existieren. Diese kann sich nur an der Gesamtbilanz aller ökologischen Handlungsfolgen bemessen." (215) Er denkt aber leider seine Einsicht nicht zu Ende, denn er belässt es bei scharfsinnigen, aber unverbindlichen Überlegungen zu beliebig freiwilliger Suffizienz.<sup>3</sup>

Konsequent subjektorientiert hat Gratzel sich mit seinem ökologischen Fußabdruck beschäftigt. In einem Selbstversuch hatte er sich zum Ziel gemacht, diesen nicht nur konsequent zu minimieren,

---

3 So auch Mock: eine freiheitliche Nutzenkalkulation sei nur möglich bei einem transparenten Gesamtüberblick mit Planbarkeit der Nachhaltigkeit (Mock, 251, 253) Die Bedingungen für diese nachhaltige Nutzenkalkulation werden von ihr aber nicht entwickelt.

sondern auch noch sein bisheriges Leben nachträglich "klimaneutral" zu machen, also seinen Lebens-Fußabdruck durch ökologische Kompensationsleistungen zu neutralisieren. Letzteres ist vielleicht mit Skepsis zu betrachten und für eine allgemeine politische Anwendbarkeit zu aufwändig. Ersteres aber ist genau das Anliegen, das eigentlich jeder haben sollte, dem die möglichst schnelle Reduktion der Umweltschäden am Herzen liegt. Gratzel fragte sich, "aus welchem Grund wir uns global ein Klimaziel gegeben haben, das eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius vorsah, wenn wir gleichzeitig kein Konzept für ein Zwei-Grad-Leben anzubieten hatten." (Gratzel, 99) Solch ein Konzept ließ er sich dann mit Hilfe wissenschaftlicher Nachhaltigkeitsexperten erstellen, indem er die Fußabdrücke seiner sämtlichen Lebens- und Konsumgewohnheiten berechnen ließ, sein Leben umstellte und dann bei einer Rechnung zwei Jahre später seinen Fußabdruck, umgerechnet in CO<sub>2</sub>-Emission, um 70% reduzieren konnte, allerdings vom gigantischen Wert von fast 28 Tonnen auf numehr 7 Tonnen. (142) Damit nicht zufrieden, versuchte er durch Öko-Kompensationen auf das UN-Nachhaltigkeitsziel von 2 Tonnen zu kommen, das Klimaneutralität gewährleisten würde. Die typischen Fragen zur Auswahl zwischen Konsum-Alternativen, "Postkarte oder WhatsApp-Foto, Wasser aus der Glas- oder Plastikflasche, Einweg oder Mehrweg, Müllbeutel aus Maisstärke oder Plastik, Forelle oder Lachs, Elektro-Auto oder Erdgas-Antrieb" (148) konnte er sich und anderen mit Hilfe der Wissenschaftler beantworten. Unbequemen Fragen an seinen Lebenswandel stellt er sich konsequent: "Wie schnell kann ich etwas verändern? Wie lange ist es nur Umgewöhnung, wo beginnt der Luxus-, wo der Komfortverzicht? Wo wird es so richtig ungemütlich? Heißt es nur Umgewöhnung oder auch echte Einschränkung? Was ist mit den Aspekten, die mein Unternehmertum berühren, vor allem den Reisen? Muss ich umziehen, in ein kleineres Haus? Und esse ich demnächst meine wahrscheinlich vegane Pizza ohne meinen heißgeliebten Käse?" (71) Als er dann seinen nachhaltigen Lebensstil einschließlich kompensatorischer Verpflichtungen gefunden hat, gesteht er sich kurz ein, dass er für den Rest seines Lebens mit seinem alten üppigen Konsum-Stil "viel Spaß und Freude gehabt" hätte, doch sofort kommt die bessere Erkenntnis, mit der Gratzel dann auch seine Ausführungen beschließt: "Und noch während ich dies denke, fühle ich, ohne auch nur einen sanften Hauch des Zweifels: So, so ist es ungleich besser gewesen." (245)

### **Konsum-Freiheit bleibt gewährleistet**

Ordnungspolitik, die sich einzelne Industrie-, Wirtschafts- und Konsumbereiche vornimmt, setzt immer normative Agenden über Lebensstile. Das Auto abzuschaffen ist kein Problem für Menschen, die keins haben und brauchen, sehr wohl aber für die, deren Lebensstil und Alltagspraxis von Automobilität abhängt, nicht unbedingt immer, weil eine besondere Autoliebe dahinter steht, sondern vielleicht, weil die Person aus sozialen, vor allem auch beruflichen, Gründen auf die vielleicht unregelmäßige und plötzliche Bewältigung räumlicher Distanzen angewiesen ist. Eine Forderung, Fleischkonsum zu verbieten, gibt es auffälligerweise in der Öffentlichkeit nur viel verhaltener, obwohl das ein Öko-Ziel wäre, das sofort und leicht und ohne große Umstellungen in der Alltagspraxis der Menschen erreichbar wäre. Für Vegetarier oder gar Veganer kein Problem, für Liebhaber von lauschigen Grillabenden (die zusätzlich noch CO<sub>2</sub> und Feinstaub dadurch verblasen) eine Horrorvorstellung. Dasselbe mit Flug-Konsum, Digitalgeräte-Konsum, Wohnraum. Immer lacht sich jemand ins Fäustchen, weil jemand anderem etwas genommen wird, was man selbst nicht braucht. Wessen Normen in Sachen Lebensstil,

Alltagspraxis, Konsumgenuss sollen dann gelten? Schön, wenn sich in bestimmten Konsumbereichen kollektiv besondere Sensibilitäten ausbilden, wie zum Beispiel die "Flugscham" oder die verbreitete Kritik an übergroßen Autos wie SUVs oder die Empörung über brutales Küken-Töten. Man kann überlegen, ob sich diese Ansätze im Massenbewusstsein ausbauen und verstärken lassen, aber letztlich dürfte der Widerstand doch überwältigend sein, wenn diese Kritikansätze zu konsequenten Verbotsmaßnahmen, die nur diesen Punkt treffen, führen würden. Sofort würden sich die Betroffenen erfolgreich als "Opfer" öko-diktatorischer Herrschaftsmaßnahmen gerieren können; und die ansatzweisen Kritiker würden vermutlich nicht einmal widersprechen.

Der Fußabdruck jedoch sorgt dafür, dass durch die Kombination von beibehaltener qualitativer Wahlfreiheit bei gleichzeitiger quantitativer Transparenz mit einhergehenden Einschätzungsmöglichkeiten der ökologischen Größenordnung von jeweils getätigtem oder aber unterlassenem Konsum insgesamt für jeden Bürger Planungsmöglichkeiten entstehen. Diese sind im Massenbewusstsein präfiguriert, weil sie Grenznutzen-Kalkülen ähneln, wie man sie aus ökonomischer Planbarkeit kennt: So wie ich mein (immer mehr oder weniger begrenztes) Kontingent an Geld so oder so individuell verplanen und einsetzen kann, so kann ich auch mein Fußabdruck-Kontingent durchrechnen und damit haushalten. Es würde also von den Menschen nicht verlangt werden, auf mühevoller Weise bewusstseinsverändernd aus einem gewohnten Wachstums- und Monetaritäts-Habitus auszusteigen, sondern lediglich, Grenznutzen-Erwartungen unter das Vorzeichen einer ökologischen Sicherungsmaßnahme zu stellen, die dann jedoch tatsächlich den Blick in meinem Lebenshaus(halt), im oikos nomos, wieder auf die Natur-Ressourcen lenkt, die dieses oikos überhaupt erst leben lassen.

Widersprüchlich zur Freiheitsfrage äußert sich Hänggi: Einereits teile er "die Meinung der Mahner vor Tyrannei und Ökodiktatur"(239), er halte "weder eine CO2-Tugenddiktatur robespierreschen Zuschnitts für erstrebenswert noch einen Großen Bruder nach Orwellschem Muster, der jede meiner Handlungen registriert und nach ihrer Klimaverträglichkeit bewertet." (238) Sein Freiheitskonzept macht er dann am ziemlich beliebigen und vagen Begriff der "Ausschweifung" fest. Es müsse lust- und lebensbejahende Ausschweifungen geben können, gerade deswegen sei der Ausnahme der Ausschweifung aber die ansonsten alltägliche Zurücknahme der Bedürfnisse gegenüberzustellen. Also ab und zu richtig drauflos fliegen, fahren und essen, dann wieder einschränken. Wie sein Ausschweifungskonzept systematisch zu einer gesellschaftlich geregelten Verringerung der Fußabdrücke führen kann, bleibt völlig ungeklärt. Dann aber gibt er zu, dass der Ausstieg aus fossilen Energien ohne Verbote wohl nicht zu haben sei. (241). Verbote sind nun seltsamerweise für ihn keine Ökodiktatur: "Doch eine Welt, die verbietet, was schadet, ist nicht illiberaler als eine, die ein striktes Gewissensregime, die CO2-isierung aller Lebensbereiche und eine allgemeine Effizienzpflicht installiert, die verpönt statt verbietet – und sie erscheint mir sehr viel liberaler als eine, die gar nichts tut, bis nichts mehr geht." (241) Ob Hänggi bei einem tatsächlich alles umfassenden verbindlichen Fußabdruck pro Person für sich die historische Figur des Robespierre herbeifantasieren muss, sei dahingestellt. Tatsache ist: es ginge dabei nicht um Gewissenkontrolle oder Moralisation, sondern schlicht um demokratisch definierte individuelle berechenbare und klimagerechte Handlungsgrenzen im Konsum. Eben wie beim Geld, wie im Folgenden gezeigt werden soll. Zumindest legt seine abschließende Forderung in seinem umfangreichen klimapolitischen "Therapieplan" nahe, dass Hänggi dem Fußabdruckskonzept zustimmen könnte, wenn er richtigerweise schreibt: "Es wird nicht genügen auf Anreize zu setzen, sondern es wird ordnungspolitische Maßnahmen wie Verbote, Vorschriften und Planung brauchen.

Wer deswegen den Untergang der liberalen Gesellschaftsordnung beklagt, hat einen armseligen Begriff von Liberalität – und übersieht, dass das Konsumverhalten der Individuen so oder so wesentlich von den vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen und den vom Staat errichteten Infrastrukturen geprägt ist." (249)

Aydurmus geht sogar so weit, dem politischen Konzept von repräsentativer Demokratie, wie wir es kennen, überhaupt nicht zutrauen zu wollen, eine wirklich nachhaltige Gesellschaft etablieren zu können. Ein auf Vernunft und Verantwortung gründender Öko-Autoritarismus, der nicht mehr der Suffizienz-feindlichen Gemengelage von sich ergänzenden Partialinteressen in Politik, Ökonomie und individualisiertem Konsumanspruch willfahren muss, könnte das ihrer Meinung nach besser. Dass ein limitierter Fußabdruck pro Person eher auf der Ebene der beiden bösen V-Wörter "Verbot" und "Verzicht" liegt, ist offensichtlich, aber eine generelle Absage an die Utopie der Demokratie im Sinne eines durchdachten Ökosozialismus ist damit nicht zwangsweise verbunden. Es könnte ja sein, dass das Aussitzen der Nachhaltigkeitsfrage damit zusammenhängt, dass die bislang jämmerliche Ein-Viertel-Demokratie (Politik: nur zur Hälfte demokratisch, weil lediglich repräsentativ-parlamentarisch; Ökonomie: überhaupt keine Demokratie als Wirtschaftsdemokratie) das Problem gar nicht in den Griff bekommen kann, eben weil sie bislang hauptsächlich demokratische Farce und Attrappe gewesen ist. Wie dem auch sei, konsequent sind Aydurmus' Überlegungen zur Budgetierung von Lebensgütern aber doch. Eine Unterscheidung zwischen lebenswichtigen und weniger wichtigen oder Luxusgütern, wie sie vorschlägt, scheint mir aber nicht notwendig.<sup>4</sup> Sie sagt selbst: "Given the enormous footprint of luxury goods, such as private jets, they do not even have to be forbidden as such, but would simply become impossible within a person's budget." (334, Fußnote) Im Konsumbereich trifft hier liberale Entscheidungsfreiheit auf die Verbindlichkeit umsichtigen Haushaltens mit objektiv beschreibbaren Vernutzungsgrenzen.

### **Ressourcensteuerung statt Geldsteuerung: Novum als konkrete utopie**

Die Lenkungsfunktion durch Geld (auch dann, wenn es mühevoll politisch abgerungenes sozial-ökologisch-transformatorisches Geld ist) wird ersetzt durch die Lenkungsfunktion im Bereich, um den es wirklich geht: Material- und Naturvernutzung/Verschmutzung. Das wäre auch ein Novum im Erleben staatlicher ordnungspolitischer Vorgaben bei den Bürger\*innen. Dass Geld in politökologischer Absicht in irgendeiner Weise umverteilt, umgeschichtet, erstattet, voraus- oder zurückgezahlt wird (z.B. nach dem Hansen-Modell), ist gut für den/diejenige, die es gerade braucht, wird als Effekt, der irgendwo irgendwie der Naturerhaltung dienen könnte, aber kaum wahrgenommen; eine Budgetierung von Öko-Grenzwerten hingegen macht dies schlagartig deutlich. Die bekannte politökonomische Form eines haushälterischen Grenznutzen-Kalküls, die die bürgerlichen Menschen bezogen auf ihr Portemonnaie und Ihr Konto kennen, wird beibehalten, der gemeinte Inhalt dieser Form wird aber ein diametral anderer. Die willkürlichen Spielräume im monetären Bereich durch Renditebildung, Gelschöpfung, Akkumulation von Kapital und fiktivem Kapital (in Spekulationsgeschäften im wahrsten Sinne zur Spielhölle geworden) einschließlich verschiebbarer Verschuldungsgrenzen werden in ihrer Fadenscheinigkeit ersetzt durch absolute und unverrückbare Grenzen der Natur: Mehr ist nicht da oder zerstörerisch – und das scheinbar endlos generierbare Geld kann man, wie der berühmte Spruch indigener

---

<sup>4</sup> Grundverorgung sei bei Budgetierungsvorhaben höher zu bewerten als Luxus, meint auch Paech. Er sagt nicht, wie das umgesetzt werden soll. (Folkers, 184)

nordamerikanischer Ureinwohner bekanntlich sagt, nicht essen. Geldschöpfung ist lediglich das längere Wort, fügt aber der Schöpfung als solcher nichts Substituierendes hinzu.

Diesen Vergleich des Fußabdrucks mit Geldsummen haben denn auch die "Erfinder" des Fußabdrucks, Mathis Wackernagel und William Rees, utopietheoretisch zum Thema gemacht. Die Naturfläche werde zu einer "Währung", meinen sie: "In diesem Buch geht es um ein Instrument, das mit Geld durchaus vergleichbar ist. Die Frage hinter dem Footprint lautet nämlich 'Wie viel Natur kostet das?' Wie viel Biokapazität steckt in einem Glas Orangensaft oder wie viel braucht ein Liter Benzin? Man kann die Frage aber auch erweitern: Wie viel Natur braucht ein Mensch? Die 'Währung' des Footprint ist die Fläche, genauer gesagt die biologisch produktive Fläche, die erforderlich ist, um eine Ware oder Dienstleistung bereitzustellen und zu entsorgen. Für einen Menschen berechnet man folglich die Summe dessen, was er verbraucht, einschließlich des Abfalls, den er hinterlässt; auch der hat Auswirkungen auf die Natur. Was beim Geld Euro, Dollar oder Yuan heißt, ist beim Footprint der Hektar oder genauer, der globale Hektar." (Wackernagel, 20) Dieser Währungscharakter hat Vorteile für Berechenbarkeit und Kommunizierbarkeit: "Ebenso, wie man Preise zur Kenntnis nimmt, und sich darüber austauscht, wie teuer oder wie günstig ein Warenangebot ist, ermöglicht es der Footprint, fruchtbare Diskurse über Naturverbräuche zu führen: über hohe und niedrige, über Auswirkungen auf dieses oder jenes Ökosystem – aber stets gibt es nur eine Zahl, eine quantitative Einschätzung, worin die Vielfalt der Natur enthalten ist." (21) Als Bewertungsmedium könne der Footprint somit eingesetzt werden, nicht jedoch als zwei weitere Funktionen, die das Geld hat: als Zahlungsmittel und als Vermögensspeicher. Damit entfällt die Tauschwertfunktion, es bleibt der Gebrauchswert, es entfällt auch die erbärmliche Bepreisungsideologie von sogenannten "Ökosystemdienstleistungen", die Natur in den Warenfetisch einbeziehen will. Wackernagel sagt das zwar nicht auf diese marxistische Weise, aber sagt es: "Das Naturkapital ist immer nur in der Natur selber, der Footprint, als Methode oder als Kennzahl, beschreibt es und sagt, was ist. Aber während Geld als Wert anerkannt, ja, oft vergöttert wird, wird das Naturkapital unterschätzt. Wir leben so, als wäre die Natur unendlich und unermüdlich darin, die Menschen mit ihren Reichtümern zu versorgen. Auf lange Sicht jedoch ist die Natur der Wertgegenstand, Geld nur ein Symbol." (23 f.) Auf den ersten Blick mag die Parallelität des Fußabdrucks zum Geld anrühlich erscheinen, weil es um Zählbares, Messbares, um Skalierung, Berechnung und Quantifizierung geht, auf den zweiten Blick zeigt sich aber, dass hierin genau eine sich vom Geld abgrenzbare Umwertungs-Möglichkeit der Substanz gegeben ist, die uns leben lässt, ein Novum im Sinne Blochscher Utopie.

Das bekämen dann besonders die zu spüren, die einem besonderen Überhang an Geld aufsitzen. Menschen, die bisher ihr Vermögen bzw. großes Einkommen in besonders große Vernutzungs- und Verschmutzungsansprüche gegenüber der Natur umsetzen konnten, also in Luxuskonsum, können das dann nicht mehr. Was würden sie mit ihrem nicht mehr öko-schädlich einsetzbaren Geld machen? Sie könnten es in noch notwendige Investitionen im Öko- und/oder öffentlichen Infrastrukturbereich stecken, weniger dann allerdings mit satten Renditen als Prämien, sondern mit Zustimmung, Anerkennung und Sympathie von Seiten der Bevölkerung als Prämie. Natürlich könnten sie weiterhin Distinktionsverhalten gegenüber weniger Verdienenden pflegen, indem sie sich die teuersten Dienstleistungen im zwischenmenschlichen Bereich kaufen, die nicht unbedingt einen großen Fußabdruck haben, z.B. die besten Klavierlehrer\*innen, die besten Therapeut\*innen, die elitärsten Bildungseinrichtungen o.ä. . Die Frage, warum überhaupt jemand mehr als andere besitzt, also die nach sogenannter Leistungsgerechtigkeit, muss natürlich für das Fernziel eines ökosozialistischen Gesamtkonzepts gestellt werden, aber für das konkret-utopische Nahziel eines

limitierten Fußabdrucks kann sie vorerst unterlaufen werden.<sup>5</sup>

Ressourcensteuerung statt Geldsteuerung geht an die wahre Substanz der Dinge. Schor spricht in ihrem "plenitude"-Ansatz, der aus den vier Elementen "weniger arbeiten, weniger konsumieren, mehr selbst schaffen und soziale Bindungen pflegen" (Schor, 28) besteht, von einem "wahren Materialismus" des Verbrauchs. Es sei nicht notwendig, in einem konsumistischen "Büßerhemd" zu gehen, sondern "der Plenitude-Konsument ist sehr wahrscheinlich vielmehr ein äußerst bewusster Konsument, der sein Leben auch in materieller Hinsicht reichhaltig gestalten will. Wir müssen nicht etwa – im Sinne der Standardformulierung – 'weniger materialistisch' sein, sondern das genaue Gegenteil, also *materialistischer*. [kursiv im O.] Denn nur, wenn wir die Materialität der Welt ernst nehmen, können wir die Rohstoffe, von denen der Konsum abhängt, würdigen und schützen." (27) Rau/Oberhuber plädieren sogar für ein Eigenrecht von Materialien, also unbelebte Natur, ähnlich wie bereits für ein Eigenrecht für Tiere plädiert wurde : "So wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte festlegt, dass kein Mensch Eigentum eines anderen Menschen werden kann, behält mit der Allgemeinen Erklärung der Materialrechte die Erde das Recht auf Souveränität und ist die einzige rechtmäßige Eigentümerin aller Materialien. Das bedeutet nicht, dass wir uns der für uns funktionellen Eigenschaften der Materialien nicht mehr bedienen dürfen. Die Menschenrechte hindern uns ja auch nicht daran, unsere Talente und Fähigkeiten für das Allgemeinwohl einzusetzen. Es heißt aber, dass wir uns als Vermögensverwalter für die Materialien unserer Erde verstehen müssen und dass Eigentum im Sinne einer absoluten Sachherrschaft für immer der Vergangenheit angehört." (155) Der Klimagerechtigkeitsgedanke hat hier gleich mehrere utopische Dimensionen: neben einer Verringerung des Fußabdrucks im Endkonsum auch eine im Produktionsprozess und seinen Vorleistungen, neben dem Universalisierungsprinzip (one (wo)man, one piece of nature) auch der dekommodifizierende paradigmatische "Währungswechsel" vom Geld/Kapital hin zur Natur, schließlich Konkretion im Sinne von praktikablen ökonomischen Umsetzungsansätzen (dazu 103 ff)

In diesen Ansätzen zu einem wahren "Materialismus" wird wie bei Hänggi und anderen der Unterschied zwischen einem unklar-moralisierenden und einem quantitativ zu objektivierenden Öko-Verbrauch unterschieden, wobei dialektisch Begrenzungs-Quantität gerade von objektiver Qualität des Materiellen abgeleitet würde. Dieser Paradigmenwechsel würde sich in die Produktionsebene hineindrücken. Wirklich öko-freundliche Produktion, die dann ja nachgefragt würde, kann nur durch Technik in "Naturallianz" (Bloch) oder durch "konviviale Technik" (Illich) stattfinden, wobei wahrer Materialismus des Materials auch mit einem Materialismus der Produktionsverhältnisse einhergehen würde, angefangen mit der Art und Weise des Arbeitens im Sinn des Produzierens bis hinein in die davon beeinflussten Entscheidungsstrukturen.

### **kollektive Veränderungen in Habitus und Lebensgewohnheiten**

Aufgrund des Grenznutzen-Kalküls müssen die Bürger ihre Gewohnheiten und Vorlieben neu austarieren. Wer sowieso schon stark postmaterialistisch in seinen Tätigkeiten und seinen Konsumbereichen ausgerichtet ist oder aber sowieso einfach aufgrund seiner finanziellen Konsummöglichkeiten unterhalb der Grenze bleibt, wird größtenteils weiterleben können wie

---

<sup>5</sup> Das Leistungsprinzip könne unangetastet bleiben, sagt Paech. Das ist jedoch zu hinterfragen. Was ist Leistung? Wenn das Leistungsprinzip, wie er sagt, nicht für den Input der Ressourcen gilt (hier gilt: one woman\*, one piece of nature), dann eben auch nicht für den output (Endkonsum) . Paech unterstellt, dass externalisierte Umweltkosten sich so internalisieren ließen, dass so etwas wie Leistungsgerechtigkeit möglich sei. (Folkers,176)



bisher. Wer aber Lebenslust, Genuss, Spaß, Freude, Sinn nur auf materiell aufwändigen Umwegen erleben kann, wird einiges aufgeben müssen, dafür vielleicht weniger materielle Sinn- und Lustqualitäten neu entdecken. In kleinen Kollektiven (Familie, Kolleg\*innen, Freundeskreise, Nachbarschaft usw.) wird man sich auf Einspar-Möglichkeiten verständigen wollen und müssen und somit den Diskurs in Richtung Öko-Suffizienz permanent wach halten, ähnlich wie es postmaterialistische Aussteiger-Gemeinschaften freiwillig schon tun. Vermutlich würden sich bestimmte kollektive Verhaltensänderungen von selbst freiwillig durchsetzen, die sich ordnungspolitisch nicht hätten durchsetzen lassen, wie z.B. der Verzicht auf Kurzstreckenflüge mit entsprechend kurzen Aufenthaltszeiten am Zielort. Gruppendynamische Veränderungseffekte entstehen durch die Grenzwert-Vorgabe schneller als dies ohne diese jemals geschehen könnte. Wenn in einem Kollektiv von 10 Beteiligten schon nur ein oder zwei Personen eine Verhaltensumstellung vorschlagen würden, hätte diese Umstellung in Richtung Suffizienz vielleicht schon Erfolg. Eine gemeinsame Suffizienz-Strategie könnte identitätsstiftend für die Gruppe sein: "Wir treffen uns nur noch zu vegetarischem Essen" oder "Wir verbringen künftig den Urlaub in einem deutschen Mittelgebirge mit Wandern" oder "Wir teilen und leihen alles, was an langlebigen Gütern in unseren Häusern herumliegt" oder "Wir pachten jetzt zusammen ein Gemüsefeld" usw.. Selbst Mock, die wie Hartmann (s.u.) dem Konsumenten-Ansatz skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, gibt zu, dass sozialpsychologisch eine Kombination von Behaviorismus (Druck auf Verhaltensweisen), Entscheidungsfreiheit und sozial-habituelle Umstellungen Konsumstrukturen verändern könnten (Mock, 255 ff.)

Ekardt sieht als Grund für die zähe Nicht-Nachhaltigkeit der Lebensweisen schlicht Normalitätsvorstellungen. Wir seien es gewohnt, in einer "Hochemissionswelt" zu leben, es gebe einen Gruppendruck, der Individuen, die aus dem Konsumkodex aussteigen, zu Sonderlingen mache. (in Görge, 154) Suffiziente Veränderung müsste also eine sein, die alle Menschen mitnimmt und Normalitätsvorstellungen verschiebt: "Wenn wir uns alle gemeinsam umstellen, wäre auch ein materielles Weniger für die Menschen in den Industriestaaten vielleicht gar nicht als so unangenehm fühlbar, sofern es eben alle betrifft....Unter Umständen könnte dann eine Art wünschenswerte Entrümpelung und Entschleunigung erlebt werden ." (158) "Shifting baseline" nennen Sozialpsychologen einen Vorgang, in welchem ein Normalitätsstandard kollektiv verschoben wird.

Wenn Foster auf das "Materialitätsparadox" von J. Schor hinweist, dann in marxistischer Absicht: Je mehr der Konsum sich auf imaginäre Werte, auf mehr symbolisch als materiell erlebte Befriedigung erstreckt, desto materieller ist der Öko-Fußabdruck. (Foster, 374) Man kann das auf zweierlei Weise verstehen: einmal ist damit der warenfetischistische Besitzerstolz gemeint, wie bei dem/der "Sportwagenfahrer\*in", der/die eine narzisstische Befriedigungszufuhr erlebt, die mit der Materialität, letztlich also dem Gebrauchswert des Autos nichts zu tun hat. Man kann das Materialitätsparadox aber auch so verstehen, dass der Fußabdruck wächst, wenn die Bedürfnisbefriedigung sich psychisch scheinbar in Richtung postmaterieller Konsum ausdifferenziert. So wird eine Fernreise vielleicht mit Bildungs- und Kulturinteresse begründet, als Zeichen für Toleranz, Weltoffenheit und Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, gewertet, in Wahrheit aber schädigt man das Land, das man aufsuchen will, durch die Flugemissionen womöglich mehr als man ihm durch seine geneigte Aufmerksamkeit als konsumierender Tourist nützt. Schor selbst betont hier die irrationale Frequenz, mit der gebrauchte Dinge durch neue ersetzt werden, vor allem im Bereich von Kleidung, Mode und Schuhen und im digitalen Endgeräte-Konsum, weil erstere "für veraltet, hässlich, schäbig oder einfach nur langweilig

gehalten werden." (Schor, 59) Der rein imaginäre Zugewinn geht auf Kosten einer Materialität, die im bereits vorhandenen und noch brauchbaren Ding geschützt werden sollte. Foster sieht hier als Marxist den Menschen abstrakte Waren, hergestellt in einem abstrakt-entfremdenden Produktionsapparat, konsumieren, Waren, die größtenteils auf Bedürfnismanipulation beruhen. "Eine echte Konsumökologie – die Schaffung eines neuen Systems nachhaltiger Bedürfniserzeugung und -befriedigung – ist nur als Teil einer neuen Produktionsökologie möglich, die zu ihrer Entstehung des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems und seiner Ersetzung durch ein neues menschliches Ganzes bedarf." (Foster, 375) Vollständige shifting baseline in Richtung Ökologie kann es demnach nur für die Menschen auch als Produzierende, nicht nur als Konsumierende geben. Wünschenswert ist das, aber eine zumindest quantitative Konsumökologie im Sinne einer schlichten Reduzierung des individuellen Fußabdrucks so weit wie möglich ist schon hier und jetzt im Kapitalismus so schnell wie möglich zu beginnen.

Dass in Öko-Dörfern Suffizienz in einem habitualisierten Rahmen von Subsistenzwirtschaft, die Konsum und Produktion umfasst, alltäglich gelebt wird, versteht sich von selbst. Neben Aspekten basisdemokratischer Kultur stehen Öko-Dörfer für "regionale Entwicklung..., lokale Bionahrungsmittelproduktion und Permakultur, ökologisches Bauen, erneuerbare Energieträger, Müllvermeidung und -trennung, Aufbau von lokalen Wirtschafts- und Wertstoffkreisläufen" (Kliemann, 250) Aber lässt sich Aussteigertum gesellschaftlich generalisieren? Und vor allem: wer will diesem Weg? Allmenden und Commons sind eine äußerst anspruchsvolle Utopie, für die meisten Menschen wohl zur Zeit zu anspruchsvoll.

Auch die Entfremdungsdiskussion muss geführt werden: Wie hängen Konsumgewohnheit und Arbeitsbedingungen der Konsumenten zusammen? Aber Zeller macht es sich zu einfach, wenn er meint, mehr freie Zeit sei schon eine Möglichkeit, "um den konsumistischen Impulsen entgegenzutreten, die als miserable Kompensation für das Elend der vom Warenfetischismus geprägten menschlichen Beziehungen dienen." (Zeller, 118) Es besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen eines Individuums und seinem Wunsch nach einer bestimmten Fernreise. Dass in einem weiteren utopischen Horizont unter völlig anderen Arbeits- und Lebensbedingungen sich auch Bedürfnisstrukturen ändern würden, ist klar. Aber dieser utopische Radius ist z. Zt. zu weit angesichts bald drohender Katastrophen, es sei denn, Menschen würden dies auf einmal flächendeckend wollen, was unwahrscheinlich ist. Die konkrete Utopie des transparent-verbindlichen Fußabdrucks könnte aber das Potential als Türöffner in einen weiteren utopischen Raum jenseits kapitalistischer Vergesellschaftung haben.

### **In der Produktion käme es zu ökologisch ausgerichteten Pfadabhängigkeiten gleichmäßig in allen Bereichen, nicht nur sektoral**

Wenn die Menschen gehalten sind, ihren Fußabdruck so klein wie möglich zu halten, konsumieren sie nicht nur weniger, sondern das, was im Marktvergleich den besten, d.h. kleinsten Fußabdruck hat. Ein Run auf nachhaltig Produziertes beginnt. In diesen Segmenten steigen dann die Preise. Da es damit jedoch gute Geschäftsmodelle werden, stellen sich immer mehr Unternehmen auf nachhaltige Produktion um, wodurch Preise wieder sinken könnten. Für gegenständliche Produkte, vor allem technische Produkte, wäre der lang geforderte uns bislang ordnungspolitisch nicht durchsetzbare Verzicht auf Obsoleszenz obligatorisch. Elektrogeräte könnten zwanzig Jahre lang oder länger halten, reparierbar und recyclebar sein, wären dadurch wieder teurer, was aber wiederum durch die lange Nutzung kompensiert werden könnte. Was aber vor allem passieren

würde: Die Konsumenten halten Ausschau nach anderen bekannten oder neuen bedürfnisbefriedigenden Konsummöglichkeiten, deren Fußabdruck gering ist. Der Markt würde wahrscheinlich bestimmte nicht-nachhaltige Angebotssegmente durch verschwindende Nachfrage allmählich aussortieren, andere besonders nachhaltige kreieren. Statt eine Shopping-Runde zu zelebrieren würden die Menschen in der Innenstadt vielleicht einem Kultur-Event beiwohnen, das hauptsächlich auf künstlerischer Ausdruckskraft beruht und nur minimal auf Material- und Energievernutzung angewiesen ist. Einzelhändler in Innenstädten würden vielleicht als Dienstleistung zu bezahlende großflächige Tauschbörsen in ihren Räumlichkeiten anbieten. Drei grundsätzliche nachhaltige Pfade werden gleichzeitig beschritten: erstens der Ausstieg aus besonders nicht-nachhaltigen Gewohnheiten, die möglicherweise durch alternative nachhaltige Lebensgewohnheiten ersetzt werden, zweitens schlicht die Reduzierung besonders bedürfnisbesetzter Gewohnheiten, die man einfach nicht missen möchte, drittens die Wahl nachhaltiger Alternativen in Konsumbereichen, die zur Grundversorgung gehören. Gerade über letzteres würden sich natürlich auch Diskussionen entspinnen: "Was brauche ich eigentlich wirklich zu einem für mich guten Leben?" würde zu einer den Alltag strukturierenden Leitfrage werden. Es ist eine der ursprünglichsten Fragen utopischen Denkens überhaupt, in allen Überlegungen zu Transformationsstrategien steht diese Frage implizit im Hintergrund oder wird eben auch ausgesprochen.

Diese gleichmäßige, flächendeckende und zuverlässige Schrumpfung durch Suffizienz würde nicht zustande kommen, wenn sektoral gedacht wird, wenn also für bestimmte Wirtschafts- und Konsumbereiche Reduzierungen eingefordert werden. So weisen z.B. Schmelzer/Vetter darauf hin, dass als Mittel für sektorale Schrumpfungmaßnahmen in "fossiler Energiewirtschaft, motorisiertem Individualverkehr, Flugverkehr, industrialisierter Landwirtschaft und Tierhaltung, Rüstungsindustrie, Werbung, Gentechnik sowie großen Teilen des globalisierten Handels und der Finanzindustrie....globale und nationale Obergrenzen für Ressourcen- und Landverbrauch sowie Emissionen diskutiert" würden. (in Görge, 141) Wenn die Sektoren einen Fußabdruck bekämen, wer würde denn entscheiden, wer danach wie viel Fleisch essen, Auto fahren, fliegen, werben oder Finanzgeschäfte machen darf? Was ist, wenn das Kontingent an Flügen erschöpft ist, die Nachfrage aber noch sehr hoch ist? Wer zuerst kommt, mahlt zuerst? In welchem Verhältnis soll der eine Sektor in Sachen Reduzierung zu einem anderen Sektor stehen dürfen oder müssen? Sinnvoller ist die Kontingentierung der Nachfragemöglichkeit pro Kopf, die inhaltliche Spielräume lässt.

Auch die Theoretiker und Aktivisten des "Konzeptwerk Neue Ökonomie" sowie des "DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften" bekennen sich zwar klar zu Suffizienz als "Strategie zur Bewältigung ökologischer Probleme", doch auch hier wird Suffizienz eher sektoral gedacht statt sie bis auf den einzelnen Bürger herunterzubrechen: "Gesellschaftlich ausgehandeltes politisches Entscheiden darüber, wovon es künftig mehr, vor allem aber auch, wovon es weniger geben soll", sei "eines der zentralen Elemente der Degrowth-Bewegung" (Degrowth, 110). Kandidaten für einen Rückbau wären aus einer Degrowth-Perspektive etwa fossilistisch-industrielle Sektoren, Militär, Rüstung und Werbung sowie der Individual- und Flugverkehr." (ebda) Zu Recht wird ähnlich wie bei anderen Autor\*innen in diesem Zusammenhang jedoch für den Ausbau öffentlicher infrastruktureller Sektoren plädiert. An anderer Stelle zeigen dieselben Autor\*innen jedoch Verständnis für Kritik am Suffizienzgedanken, der eine "wenig strukturelle und machtkritische Sichtweise" sei, wenn er die einzige Strategie bleibe (Degrowth, 408). Diese Kritik trifft eine politisch nicht allgemeine durchgesetzte Suffizienz. Struktur und Macht entstehen aber nicht dadurch, dass Suffizienz sektoraler Unbestimmbarkeit überantwortet wird, sondern dadurch, dass Suffizienz Sektoren-

übergreifend durch einen verbindlichen Fußabdruck in alle Sektoren hineingreift. In welchem Ausmaß und welcher Reihenfolge und mit welchen Tendenzen, hängt freilich weiterhin vom Zusammenspiel unzähliger Einzelentscheidungen ab.

Aus marxistischer Sicht betont Zeller zu Recht, dass neben dem Umbau der kapitalistischen Produktionsweise auch die "fetischistische Warenwelt" (Zeller 95) eingedämmt werden müsse. "Die Produktion von Waffen, reinen Luxusgütern und sinnlosen Verpackungen ist einzustellen. Werbung ist zu verbieten. Stattdessen sind die Unternehmen dazu zu verpflichten, sachliche Informationen über die angebotenen Waren und deren Herstellung zu leisten." (96) Es gibt aber keine definierten Unterscheidungskriterien von Luxus und Bedarf oder Grundbedarf und auch nicht für die Überflüssigkeit von Verpackungen. Diese werden schlicht generell weniger, wenn der Hersteller ein Interesse daran hat, den Fußabdruck für das Verpackte für die Konsumenten so gering wie möglich zu halten. Der Dreischritt Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Recyclebarkeit führe zur Verringerung des Konsums. (97) Diese Pfadstrategie für industrielle Produkte gilt nur dann, wenn durch transparente Grenzen konsumistische Verschiebungseffekte (Rebound- bzw. Backfire-Effekt) ausgeschlossen werden, vor allem aber kann sie wirkungsvoll erst dann in Kraft treten, wenn wiederum die Hersteller zur zwangsweisen Vermeidung des Fußabdrucks ein Interesse an diesem Pfad entwickeln.

Die Pfadabhängigkeiten im Verkehrs- und im Ernährungssektor (neben dem Hauptthema der Energiegewinnung) werden seit geraumer Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert. Den drei "guten" FfF (Fridays for Future) stehen sozusagen die miesen FFF (Fahren, fliegen, Fleisch) gegenüber, was jedoch keineswegs zu nennenswerten Reduktionen in diesen drei Bereichen führt. Kern begnügt sich mit zwei F, dem Fliegen und dem Fleischkonsum, als Startpunkte für eine sich politisch verstehende "Konsumverweigerungsbewegung" (Kern 216). Es lassen sich aber nur die bewegen, die hier ohnehin leichten Herzens verzichten können, dafür möglicherweise aber in anderen Bereichen konsumistisch schädigen. Am ehesten politisieren lässt sich zuverlässig objektivierbare Konsum-Eindämmung nur durch ein demokratisch auf sämtlichen gesellschaftlichen Ebenen diskutiertes Budgetisierungs-Konzept, bei dem auf schnellstmögliche Realisierung gedrängt wird. "Patchwork-Ökologisierung" (Mock 254,257) wäre dadurch verhindert.

Im Bereich der Digitalisierung gibt es nun zunehmend auch Mahner und Warner. So stellen die Digitalisierungsexperten Lange und Santarius fest: "Derzeit scheint die Maxime zu sein: 'So viel Digitalisierung wie möglich'. Dem stellen wir das Motto gegenüber: 'So viel Digitalisierung wie nötig, so wenig wie möglich.' Denn wenn wir die planetaren Grenzen nicht sprengen wollen, bedarf es einer deutlichen Reduktion der Ressourcen- und Energieverbräuche." (152) Sie unterscheiden drei Formen von digitaler Suffizienz. "Techniksuffizienz zielt darauf ab, Informations- und Kommunikationssysteme so zu konzipieren, dass nur wenige Geräte nötig sind und diese selten erneuert werden müssen." (ebda). Datensuffizienz bezieht sich auf das Design digitaler Anwendungen...Viele Apps greifen laufend auf Clouds zurück, würden aber offline und durch gelegentliches Updaten der Datenbasis ähnlich gut funktionieren."(153) Bei der Nutzungssuffizienz ist ein "Umdenken und veränderte Verhaltensmuster der Nutzer\*innen ...gefragt" (154) Diese müssten sich fragen: " ' Wie viele digitale Geräte und wieviel permanente Vernetzung benötige ich, um ein zufriedenes Leben führen zu können' " (154) Genau diese Nutzungssuffizienz gilt eben auch für alle anderen Lebensbereiche.

Aber es scheint ein Bedürfnis zu geben, sich in einem schwierigen politischen und heroischen Kampf sehen zu wollen, ehe das geschieht, worauf es in der Öko-Frage ankommt, nämlich reduzierende Suffizienz so schnell wie möglich, wo immer es geht. Man möchte Aktivismus,,

Demonstrationen, Diskussionen, Kampagnen und öffentlichen Streit. Das ist spannend, aufregend, unterhaltsam. So bemängelt Paech, dass der Kampf gegen Kohle zu Unrecht in den Vordergrund gestellt werde gegenüber Einsparungen, die viel einfacher gemacht werden können, in erster Linie bei den drei F (fliegen, Fleisch, fahren) (Paech, 185) Wie viele der gutmeinenden Ökos bei den Protesttagen am Hambacher Forst reduzieren Treibhausgase und schonen Ressourcen konsequent bei den drei F? Denn zum Grundbedarf notwendige Energie ist nicht leicht nicht-fossil zu haben; das Stück Fleisch auf dem Teller braucht aber hier und jetzt schon definitiv niemand, im Gegenteil, sein Weglassen fördert die Gesundheit. Das Schonen von Klima und Ressourcen ist unspektakulär, unscheinbar, ist buchstäblich nichts. Dies Nichts im Sinne von Weglassen wird im Zentrum aller Suffizienzbemühungen stehen müssen, denn es gibt nichts Nachhaltigeres als einen Konsum, den ich hätte tätigen können, einfach wegzulassen. Das muss aber natürlich begleitet werden von den zahlreichen Kämpfen um Veränderung in den Sektoren und im System als Ganzem.

**Es entsteht nationale wie globale Öko-Gerechtigkeit, ohne dass Geld, Eigentum, Vermögen zunächst einmal überhaupt angetastet werden müssen**

Es würde kein Weg daran vorbei führen, dass die Menschen irgendwelche luxuriösen und verschwenderischen Verhaltensweisen aufgeben. In den unteren Schichten kennt man den Druck zur Sparsamkeit; werden jetzt Wohlbetuchte ebenfalls zur ökologischen Sparsamkeit gezwungen, verschafft das den Ärmern eine sinnvollere Art von Genugtuung, als wenn sie am Wohlstandszuwachs mit dem Ziel von Luxuskonsum teilnahmen. So sehr letzteres auch als sozioökonomische Gerechtigkeit nützt, so sehr muss doch ersteres als Klimagerechtigkeit Priorität haben. Der entscheidende solidarische Sinn der Klimagerechtigkeit besteht aber darin, dass ein global verhandelter und abgeglicher Fußabdruck den imperialen Wohlstands- und Vernutzungsanspruch der Wohlstandsländer zum Auslaufmodell macht. Da diese ihren Fußabdruck reduzieren müssten, entstehen erstens Spielräume für den Aufbau von Wohlstand in besonders abgehängten Entwicklungsländern, vor allem den "last developed countries", zweitens besteht die Hoffnung, dass ökologisch besonders gefährdete Länder vor weiteren Verschärfungen der Öko-Krise (Überschwemmungen, Dürre, Unwetter, Wassermangel, Bodenerosion, Bodenausbeutung durch Monokulturen usw.) verschont bleiben.

Dennoch muss im Auge behalten werden, dass es zwei Klimagerechtigkeits-Aspekte gibt, den wichtigeren globalen, aber auch den jeweils innerstaatlichen, denn es sind ja auch in den Wohlstandsländern die reichen Oberschichten, die in der Summe der Länder für den größten Anteil der Schädigungen verantwortlich sind. Für beide Aspekte gilt der kategorische Imperativ, auf den Kern hinweist. Sogenannte Bedürfnisse seien "auf ihre Legitimität hin zu befragen. Kriterium dafür ist – wie seit Kant für jede Ethik – die Universalisierbarkeit. Ein Konsumverhalten, das nicht universalisierbar, verallgemeinerbar ist, ist eben auch nicht legitim." (Kern 210) Strategisch ist hier von Bedeutung, dass mit einem universalen Budget pro Person das Argument beim Durchschnittskonsumenten wegfällt, die Reichen sollten doch erstmal reduzieren, bevor man selbst in der Verpflichtung stehe.

Wenn so ein allgemeiner Postwachstums-Schub eingeleitet würde, der die Durchschnittsverdiener\*innen zu *etwas* Suffizienz, die besser Verdienenden zu *erheblicher* Suffizienz und Schwerreiche zum *Bruch mit ihrem bisherigen Lebenswandel* bringen würde, wobei Menschen an den Armutsgrenzen ganz in Ruhe gelassen würden, wäre der Ab- und Umbau kollektiver Konsummuster kein Problem, bei dem jemand aus erlebten

Vergemeinschaftungsweisen herausfällt. Was für alle gilt, fällt und stößt bald nicht mehr auf, es wird zur neuen Normalität, schneller als man denkt, wie eine plötzliche Mode, der sich keiner mehr entzieht.

"Während die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung mit ihren luxuriösen Lebensstilen 49 Prozent dieser Emissionen verursachen, sind die untersten 50 Prozent gerade einmal für 10 Prozent verantwortlich. Die Anteile der reichsten Bevölkerungsgruppen an den Emissionen steigen überproportional, bei den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung sind sie dagegen rückläufig. Die einkommenstärksten 10 Prozent mit dem höchsten Emissionsausstoß leben auf allen Kontinenten, 30 Prozent in Schwellenländern. ....Die Produktion von Luxusartikeln für die oberen Klassen und deren Konsum sind zu einer Haupttriebkraft von ökologischen Großgefahren geworden, unter denen weltweit vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen leiden." (Dörre, in Görge, 254 f.) Der ökologische Fußabdruck des reichsten einen Prozent der Weltbevölkerung übertreffe den der ärmsten 10 Prozent um das 175-fache, der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck sogar um das 2000-fache."<sup>6</sup> Dörre folgt dem gewohnten Reflex, Einkommens- und Vermögensungleichheiten zu reduzieren, um die desaströsen Emissionen und Verbräuche der Oberschichten einzudämmen. Bei aller Notwendigkeit von Umverteilung kann das aber ökologisch nicht die entscheidende Lösung sein, denn es wäre ökologisch nichts gewonnen, wenn der Konsum, von oben nach unten umverteilt, in der Summe gleich bliebe. Wenn über monetäre Kriterien wie hier Kaufkraft- und Nachfragepotentiale ökologische Parameter reguliert werden sollen, kommt man in dieselben Aporien und Unwägbarkeiten wie bei anderen Marktinstrumenten wie CO<sub>2</sub>-Steuern und Zertifikatehandel auch. So ist zum Beispiel durch reine Einkommensumverteilung bei Reichen nicht sichergestellt, dass sie auch weniger konsumieren, da sie trotz ihres unvorstellbaren Konsums immer noch erhebliche Teile ihres Vermögens auf den Finanzmärkten angelegt haben. Ein Zwang zur Vermögensabgabe würde sie dazu bringen, einen Teil davon abzugeben, der zerstörerische Lebensstil würde wahrscheinlich aber überhaupt nicht davon berührt werden. Bei Dörre ist das Motiv natürlich nicht, der Ökokrise marktwirtschaftlich beizukommen, sondern die "ökologisch-ökonomische Zangenkrise" (255) zu lösen, also Rot und Grün zu integrieren. Nur ein ökologischer Grenzwert, der unmittelbar den Konsum mindestens von der oberen Mittelschicht an deckelt, könnte zuverlässig für ein Gesamtvolumen an Öko-Einsparung sorgen.

Klein ist zuversichtlich, dass es durch den Green New Deal zu sinnvollem Ausgleich zu materieller Suffizienz kommen wird: "Wir sollten keinesfalls leugnen, dass die reichsten 10 bis 20 Prozent der Menschen die Lebensweise, an die sie sich gewöhnt haben, nicht werden beibehalten können. Es wird Veränderungen geben, Bereiche, bei denen wir, die wir dieser Kategorie angehören, uns zurückhalten müssen – darunter Flugreisen, Fleischkonsum und hemmungsloser Energieverbrauch -, aber wir werden neue Vergnügungen finden und neue Räume schaffen, in denen Überfluss herrscht." (298) Ihr Green New Deal soll kein "Klima-Keynesianismus" sein, sondern politisch die Frage beantworten, "ob wir lieber die Dächer der Einkaufszentren mit Solarpanelen bestücken und das als grüne Politik verkaufen sollen oder wir soweit sind, eine tiefer gehende Debatte über die Grenzen eines Lebensstils zu führen, der Shoppen als maßgeblich für den Aufbau von Identität, Gemeinschaft und Kultur sieht." (296 f)

---

<sup>6</sup> Ähnlich auch z.B. Foster: "Im Jahr 2008 gaben die US-Amerikaner im höchsten Einkommensfünftel drei bis vier Mal so viel für Wohnen und Kleidung sowie fünf Mal soviel für Transport aus wie diejenigen im ärmsten Fünftel. In Kanada...haben Fußabdruckanalysten herausgefunden, dass das oberste Einkommenszehntel einen Transportfußabdruck hinterlässt, der neun Mal dem des untersten Zehntels entspricht und einen Konsumgüterfußabdruck, der vier Mal so groß ist wie der des untersten Zehntels." (Foster, 370)

Peukert hält die Möglichkeit einer Bemessung eines "nationalen CO2-Budgets" nach global gleichen Pro-Kopf-Anteilen pro Land aus einer Studie des WBGU für eine "großartige und angemessene Klimapolitik, die man auf dem Kopenhagener Klimagipfel 2009 hätte beschließen können." (407) Es bliebe die Frage, wie die "Emissionsrechte" innerhalb des Landes klimagerecht verteilt würden. Deswegen ist eine "schonungslose Begrenzungsdebatte des maximal Zulässigen [darüber], "welche Klimabelastungen welcher Aktivitäten absolut unumgänglich sind und welche nicht und welche Produkte und Aktivitäten als Unverträgliche und als Auslaufmodelle zu identifizieren sind" (471), für die Entscheidungsfindung über qualitative Pfadabhängigkeiten sinnvoll, aber weder ist klar, wer darüber befinden darf, was dann gar nicht mehr geht, noch ist sichergestellt, dass Produktions- und Konsumverschiebungen zu absolut weniger Emission führen und nicht sogar Rebound-Effekte in den dann noch verfügbaren Konsumbereichen auftreten. "Sind Mallorca-Reisen mit dem Flugzeug angesichts des geringen verbleibenden CO2-Budgets der Menschheit einzustellen und als Umweltverbrechen zu brandmarken?" (395) Wer soll die Frage beantworten? Jemand, der Flugangst hat und ein Reisemuffel ist, sagt: "Natürlich, weg damit", wird sich vielleicht aber anderer Öko-Sünden schuldig machen. Jemand, dessen zweite Heimat Mallorca als Sehnsuchtsland ist, sagt: "Auf keinen Fall, ich spare CO2 woanders ein." Eine "Gesamtrahmenplanung" müsse zwischen Grundbedürfnissen und Luxusgütern unterscheiden, zwischen "Subsistenz- und Luxus-CO2" (ebda) wobei auch vor "Mengenbestimmungen, Rationierungen, Quotenzuteilungen und Preiskontrollen nicht zurückgeschreckt werden" dürfe. (477) Dass das nicht leicht sei, sagt Peukert selbst. Leichter ist: Nur eine Kennzahl, die Menge, Ration und Quote in einem ist, eine Pro-Kopf-Fußabdrucksgrenze, die Klimagerechtigkeit eindeutig von der Seite herholt, um die es hier geht: eine Reduzierung zerstörerischen Konsums für (fast) alle, proportional vom Luxus bis hinunter in den Normalverbrauch. Wie Dörre bemüht Peukert angesichts der Tatsache, dass "die reichsten 10% der Weltbevölkerung für die Hälfte des globalen Fußabdrucks verantwortlich sind" (478), das Schließen der "Ungleichheitsschere" (ebda). Peukerts Buch endet mit dem Plädoyer für einen suffizienten Lebensstil, der in postmateriellen Genüssen mehr Erfüllung finden könnte als in kruden materiellen und ressourcenintensiven. Umverteilungsforderungen waren bislang aber genau darauf gerichtet, das Wohlstandsniveau der Ärmern auch materiell zu steigern. Sie sollen jetzt zum Gegenteil führen können?

Auch FFF fordern als ersten ihrer "drei Pfeiler" "faire globale, nationale und lokale Treibhausgas-Emissions-Budgets mit Aktionsplänen, die sofortige drastische Minderungen in allen Sektoren anleiten – statt abstrakte Ziele wie "klimaneutral, Netto-Null 2050", die in absoluten Zahlen gemessen nichts bedeuten." (Fopp, 286) Wie Schmelzer/Vetter und andere benennen sie die Sektoren, in denen "jährliche zehnprozentige Verschärfungen der Standards" zu erreichen seien, nehmen noch die Zementproduktion in die schwarze Liste der bekannten Problem-Sektoren Auto- und Flugverkehr, industrielle Landwirtschaft (bei FFF mit dem Aufruf zu vegetarischer Ernährung) und vor allem die fossile Energiewirtschaft. Bei der weltweiten Zuweisung von Rest-Budgets sollen, wie auch Umwelt-Ethiker fordern, die bisherigen nationalen Haupt-Emittenten stärker kürzen bzw. den ärmeren Ländern Emissionsrechte zugestehen. (290)

Für die Klimagerechtigkeitsbewegung ist Suffizienz obligatorisch, wobei Umverteilung von Wohlstand mit der Frage von globalen Emissionsrechten immer zusammengedacht wird. Das Netzwerk "Climate Justice Now!" forderte nach Müller schon 2007 neben anderen Umverteilungsforderungen, "verschwenderischen Überkonsum drastisch zu reduzieren, vor allem im globalen Norden, aber auch in bezug auf südliche Eliten" (Degrowth, 227) Begriffe und entsprechende Bewegungen wie "Post-development" und "Post-Extraktivismus" denken Klima-

und Wohlstandsgerechtigkeit von einem grundsätzlichen Ausbeutungsverhältnis der frühindustrialisierten Länder gegenüber den rohstoffintensiven Entwicklungsländern her.<sup>7</sup> Sie unterfüttern die oft eher politökonomisch abstinente Degrowth-Bewegung neoliberalismus- und insgesamt kapitalismuskritisch. "Denn die Realisierungschancen einer Degrowth-Perspektive und von Alternativen zum Ressourcen-Extraktivismus", mahnt Brand, "werden ganz entscheidend davon abhängen, auch die internationalen politischen, sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse zu verändern. Die Aufrechterhaltung einer im Norden weitgehend durchgesetzten und sich in vielen Ländern des globalen Südens ausweitenden imperialen Produktions- und Lebensweise – samt ihren macht- und herrschaftspolitischen, sozialstrukturellen und weltmarktvermittelten Implikationen – ist ein zentrales Hindernis für jegliche Alternativen." (Brand, 298, in Degrowth)

Die Schiefelage einer lediglich moralisierenden Konsumdiskussion, in deren Schatten Luxus-Konsumenten munter weiter einem zerstörerischen Lebenswandel frönen, würde begradigt werden. Die mittlerweile zum Gemeinplatz gewordene kognitive Dissonanz bei der viel emittierenden, aber im Gegensatz dazu sich grün gebärdenden (oberen) Mittelschicht<sup>8</sup> würde nicht mehr funktionieren. Sie wird mit dem Fußabdruck zu realer Nachhaltigkeit gezwungen: Denken bzw. Rhetorik und reales Handeln fallen nicht mehr unvereinbar auseinander. Die Oberschichten werden interessanterweise in der öffentlichen Diskussion kaum in den Blick genommen. Man weiß von ihrem Lebenswandel kaum etwas, sie leben und konsumieren im Verborgenen. Sie sorgen danei gleichzeitig allerdings für die grünfärberischen Lügen ihrer Kapitalanlagen. In welchen Sektoren auch immer sie ihr Geld verdienen, mit Macht, Geld und entsprechenden Werbekampagnen wird es als grün und nachhaltig verkauft.

Wo sollte nun der Fußabdruck für Deutschland liegen? Klar ist, dass der jeweils nationale Fußabdruck mit der Öko-Krise als globales Problem, also mit den Fußabdrücken aller anderen Länder weltweit abgeglichen werden muss. Die einfachste Formel wäre natürlich, für jedes Land den Fußabdruck anzustreben, der zuverlässig für die Verhinderung der Öko-Katastrophe sorgt und Klimaneutralität gewährleistet. Das wäre einer von zwei Tonnen pro Person weltweit. Kar ist aber, dass dieses Ziel sich vorläufig nicht durchsetzen lässt, weil die wohlhabenden Länder ein Vielfaches darüber liegen, Deutschland um das Fünffache, die USA um das Achtfache, China auch schon um das Dreifache, jeweils pro Person. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen würde es nicht mitmachen, ihren Wohlstand und ihre Konsumgewohnheiten sehr bald auf ein Viertel dessen zu bringen, was jetzt ist. Ein umso größerer Widerstand würde in den Ländern mit noch größeren bisherigen Pro-Person-Anteilen entstehen, in den USA, Kanada, Australien, einigen arabischen Ländern, einigen europäischen Ländern. Es muss also ein idealer Schnittpunkt zwischen ökologisch Notwendigem und politisch mit knappen Mehrheiten Durchsetzbarem gefunden werden. Eine

---

<sup>7</sup> So auch Zeller, der eine globale Verteilung der Emissionen unter größerer Belastung für die frühindustrialisierten Länder fordert (Zeller, 156). China, Russland und die arabischen Länder sollen aber in Reduzierungsmaßnahmen einbezogen werden (172, 189)

<sup>8</sup> z. B. Mock 246, Hartmann 52 f., Klein 25/322, Paech (in Folkers) 142, Peukert 391. Kemfert verhält sich hier widersprüchlich. Einerseits sieht sie die Konsumenten als ohnmächtige Handlanger des Geflechts von Wirtschaft und Politik (Kemfert, 61ff.), ähnlich wie es auch marxistische Analysen sehen. Das empirisch erforschte Umweltbewusstsein der Menschen spreche dafür, dass sie ja gern nachhaltig wären, wenn sie hier mehr Klarheit hätten. (119 f). Andererseits konstatiert sie, "dass die Menschen keineswegs nachhaltige Produkte kaufen, selbst wenn sie die Möglichkeit haben. Umweltbewusstsein und Verhalten stehen häufig in markantem Widerspruch. Alltagsgewohnheiten haben generell enorme Beharrungskräfte, also auch solche, die umweltbelastend sind." (ebda))



Möglichkeit wäre, den jetzigen Weltdurchschnitt zum Ziel zu machen, der etwas unter dem Anteil Chinas liegt. China bräuchte sich dann vorläufig nicht besonders zu bemühen, was für Akzeptanz des Vorschlags sorgen würde. Man könnte dann vereinbaren, dass die Entwicklungs- oder Schwellenländer, die zwischen 4 und 6 Tonnen liegen, in dem Maß auf konventionelles Wohlstandswachstum mit dem Ziel westlicher materieller Standards verzichten, in dem die Haupt-Emittenten bereit sind, das Durchschnittsmaß von vielleicht 6 Tonnen zu erreichen. Ein anderes Modell könnte darin bestehen, dass prozentuale Zielmargen pro Land vereinbart werden: Z.B. könnten die Länder sich verpflichten, alle zwei Jahre um 20% zu reduzieren, bis zwei bis drei Tonnen erreicht sind. Dann steht die Reduktion immer in derselben Relation zum bisher gewohnten Wohlstandsniveau. Das Erreichen des objektiv notwendigen niedrigen Niveaus von 2 bis 3 Tonnen wird dann zwar noch etliche Jahre nicht gewährleistet, aber dennoch eine größere Reduktion im jeweils bislang mehr emittierenden Land. Schert dann ein Land aus, diskreditiert es sich als Nachhaltigkeits-Blockierer vor der Weltöffentlichkeit. Zur Zeit kann jedes Land ja schwammig behaupten, es tue schon, was es könne, schließlich habe es die Klimavereinbarungen unterschrieben, die anderen müssten erst einmal mehr tun. Bei überprüfbareren Budgets pro Kopf pro Land, von denen alle anderen Länder wissen, kann niemand mehr Klimaverhandlungen als Kartenspiel ansehen, bei dem man zusieht, anderen den schwarzen Peter zuzuschieben und selbst den Joker zu ziehen. Wie auch immer man hier vorgehen würde, jede Vereinbarung wäre ein Durchbruch gegenüber dem status quo, der überhaupt gar keine Reduktionen global erkennen lässt. Selbst wenn nur einige Wohlstandsländer bereit wären, pro Kopf in kürzeren Abständen auch nur um eine Tonne zu reduzieren, wäre etwas gewonnen.

Man muss auch sehen, dass Vereinbarungen dieser Art friedenssichernde Maßnahmen wären, denn sämtliche kriegerische Konflikte drehen sich heute um Ressourcen: Land, Wasser, Rohstoffe, wobei immer schon auch andere Eroberungsideologien (kultureller, religiöser, rassistischer usw. Art) lediglich dazu dienen, imperialistische Landnahmen zu kaschieren. Suffizienz, frugale Einfachheit, das Loslassen materieller Zuwachsansprüche zugunsten anderer "Genüsse" auf kreativer, sozialer, kommunikativer, spiritueller, letztlich aber auch körperlicher Ebene macht die Menschen frei von Zwängen zur Landnahme aus Überlebensangst und -druck. Wer nur wenig zu verlieren hat, schlägt weniger um sich, senkt die habituellen Radien der Aggressionsbereitschaft. "Wenn wir die Menschen – und uns selbst – nicht auf den Abschied von dieser Konsumgesellschaft vorbereiten," meint Kern, "steht sogar zu befürchten, dass die Reaktionen auf die unweigerlich auf uns zukommenden Veränderungen gefährliche faschistische Züge annehmen, dass die Menschen die Art von Wohlstand, die sie als ihr 'gutes Recht' empfinden, gegen andere verteidigen." (Kern, 212)

### **Infrastruktur**

Die Infrastruktur muss in einer Fußabdruck-Pauschale gesondert behandelt werden. Wenn jedem/jeder Bürger\*in gleichmäßig ein bestimmtes Kontingent angerechnet wird, werden sie ein Interesse daran haben, dass sie nicht zu viel für etwas angerechnet bekommen, das sie gar nicht nutzen. Jemand ohne Auto wird dafür sein, dass der Bau von Autobahnen eingeschränkt wird, weil dieser auch seinen Fußabdruck belastet. Umgekehrt gilt dies natürlich auch für den öffentlichen Verkehr, aber eben in weit geringerem Maße. Auch für den öffentlichen Fußabdruck werden die Bürger\*innen sich überlegen, was sie wirklich brauchen, werden ihren Blick auf die Politiken öffentlicher Investitionen schärfen und sich dafür einsetzen, dass angesichts niedrig zu haltender

Fußabdruck-Budgets die existentiell notwendigen öffentlichen Einrichtungen Vorrang haben. Eine Ausnahme könnte gesundheitliche Versorgung sein. Prinzipiell muss ein bestimmtes Kontingent für medizinische Grundversorgung jeder Bürger\*in zustehen. Da nicht jeder ihr Kontingent jederzeit ausschöpft, bleiben Reserven für chronisch oder schwer kranke Menschen nach dem Solidarprinzip, das auch jetzt für Krankenkassen gilt, übrig. Für das Fallpauschalenprinzip, das ja Kosten senken soll, auf den Fußabdruck aber keine Rücksicht nimmt, da aufwändige technik- und materialintensive Operationen für das Krankenhaus lukrativer sind als pflegend-konservative Behandlungen, wäre unter Bedingungen eines möglichst gering zu haltenden Fußabdrucks kein Platz mehr. Wenn hier dennoch Spitzen oder Überschreitungen entstehen, müsste das zum Teil durch Einsparungen in anderen öffentlichen Bereichen ausgeglichen werden. Wenn auch das nicht geht, wäre notwendige medizinische Intensivversorgung ein Ausnahmefall, dessen Fußabdruck dann wieder auf die Bürger\*innen verteilt wird. Ohnehin sollte die Berechnung des Fußabdrucks bei den öffentlichen Ausgaben beginnen; in einem zweiten Schritt kann dann überlegt werden, wie hoch der verbleibende private Anteil sein könnte, sollte, müsste.

Ein Fußabdruck, der aus beruflichen Gründen entsteht, vor allem für beruflich erzwungene Mobilität, müsste vom Gemeinwesen getragen werden, denn es kann nicht sein, dass jemand, der für dieses unterwegs ist, privat dafür belastet wird. Die Öffentlichkeit wird dann dafür sorgen wollen, dass schnellstmöglich z.B. Pendlerverkehr dadurch reduziert wird, dass angemessene öffentliche Verkehrsmöglichkeiten geschaffen werden oder – besser noch – für wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten gesorgt wird. Im Schulsystem gibt es z.B. die völlig ignorante Praxis, dass Lehrer\*innen mit denselben Unterrichtsfächern gegenseitig in benachbarte Städte fahren müssen. Auf die Idee, hier für nachhaltig verkürzte Dienstwege zu sorgen, ist bislang offenbar kein Schulministerium in welchem Bundesland auch immer gekommen.

Eine Frage wäre, ob man den bundesweiten pauschalen Infrastruktur-Abdruck regional, föderal oder kommunal kontingentieren würde, wenn dann wohl nach Bevölkerungsdichte. Wahrscheinlich wäre das aber politisch zu kompliziert. Würde beispielsweise eine Stadt ein Schwimmbad bauen wollen, hätte sie ja noch nach wie vor die vom Fußabdruck unabhängige Finanzierungsfrage, die erst einmal geklärt werden muss. Zudem müsste aus voraussichtlicher Nutzungsdauer des Bades bei voraussichtlicher Besucherzahl ein Fußabdruck für den Eintrittspreis berechnet werden. Beide Faktoren würden dafür sorgen, dass die Stadt den flächendeckend-solidarischen Infrastruktur-Fußabdruck nicht über Gebühr in Anspruch nimmt, weil ja letztlich die Menschen im anderen Ende Deutschlands zwar nicht die Kosten, aber den Öko-Abdruck für das Schwimmbad "mitbezahlen".

Im Bereich Wohnen wäre natürlich ein Eigentumsverhältnis vom Wohnen zur Miete zu unterscheiden. Da ein Teil der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit darauf angesetzt ist, Eigentum zu ermöglichen und zu sichern, wäre dafür wohl vom Eigentümer ein Fußabdruck-Anteil für die Infrastruktur zu entrichten, neben dem privaten Anteil für Wohn- und Grundstücksfläche, den auch die Mieter aufbringen müssen. Für den vermieteten Raum müsste natürlich der Mieter aufkommen. Vermieter und sonstige Eigentümer von Immobilien würden dann dafür sorgen wollen, dass sie schnell Mieter finden, da sie für unvermietete Fläche ansonsten selbst den Fußabdruck angerechnet bekämen. Leer stehende, lediglich als Spekulationsobjekte benutzte Immobilien würde es dann wohl nicht mehr geben. Auch solvente Mieter würden zusehen, dass ihr Wohnraum nicht ausufernd groß ist, auch aufwändige und an Luxus grenzende Renovierungsarbeiten mit hohem baulichen Fußabdruck, die nicht unbedingt notwendig sind, würden tendenziell unterbleiben, da sie auf den solventen Mieter nicht nur finanziell, sondern

auch dem Fußabdruck-Budget nach umgelegt würden.

Unternehmen können zu gemeinwohlorientierten Einrichtungen umgewertet werden, weil sie zu nahezu hundert Prozent bisher externalisierter Kosten internalisieren müssen. Gewinnmöglichkeiten sinken dadurch, dass der nachhaltige Produktionsprozess teurer ist, die Preissteigerungen aber nicht vollständig an die Endkunden weitergegeben werden können, weil sonst die Nachfrage-Einbußen zu stark wären. Sie könnten in ihren Produktionsentscheidungen grundsätzlich frei, d.h. mit vorläufig unbegrenztem Fußabdruck, bleiben, haben aber die Aufgabe und gleichzeitig das Ziel, ihre Waren und Dienstleistungen mit möglichst kleinem Fußabdruck zu verkaufen. Sämtliche Dimensionen von Energie- und Ressourcen-Effizienz und -konsistenz würden sich ohne Systemveränderung über den Markt von Seiten der Nachfrage her aufdrängen. Für die Öko-Kosten kommt der Endverbraucher mit seinem Budget auf. Der in der ökonomischen Theorie bekannte optimale Schnittpunkt von Preis und Menge würde sich verwandeln in den optimalen Schnittpunkt von Preis und dem Konsumenten zugemuteten Fußabdruck. Hier könnte natürlich Missbrauch entstehen, wenn Unternehmer und Selbstständige private Einkäufe über das Unternehmen tätigen. Eine Möglichkeit wäre, eine gesonderte Geldkarte für Unternehmen und Selbstständige einzuführen. Der Fußabdruck der mit dieser Karte getätigten Transaktionen wird dann der Unternehmer\*in nicht privat als Kontingent angerechnet. Jetzt könnte wiederum jemand seine Unternehmerkarte für private Geschäfte missbrauchen wollen. Dafür gibt es zwei mögliche Hemmschwellen: man könnte das schlicht verbieten und sanktionieren, zweitens fiele ein gravierender Missbrauch bei der Behörde, die ja den Abdruck für das Endprodukt berechnet, auf. Ein Fernseher, eine Möbelgarnitur oder Luxusprodukte würden in der Liste der Investitionsgüter und betrieblichen Beschaffungen herausfallen und auch die Absatzmenge nicht erhöhen können, so dass sie letztlich den Abdruck pro Endprodukt erhöhen würden, woran die Unternehmer\*in kein Interesse haben kann. Es bleiben jedoch Einkäufe, die nicht als betriebsfremd auffallen, z.B. Zubehör für Kantinen oder Toiletten oder Baumaterialien, die bei einer Baufirma für Renovierungen am eigenen Haus der Unternehmer\*in abgezweigt würden. Hier wäre es Sache der Behörde, genau hinzusehen. Missbrauch im Kleinen wäre aber tatsächlich bei dieser Praxis nicht ausgeschlossen. Hier könnte über das hier vorgeschlagene hinaus sicher noch weitergedacht, differenziert und präzisiert werden. Mir geht es erst einmal darum, die Strategie als Ganzes grundsätzlich zu plausibilisieren.

### **Contra – und Pro**

Am Beispiel der Auseinandersetzung mit Kathrin Hartmann, die es in einem ganzen Buchkapitel darauf abgesehen hat, den Ansatz direkter persönlicher Suffizienz aus dem Weg zu räumen, sei abschließend noch einmal gezeigt, dass abwehrende Positionen mit dem Konzept des Budgets entkräftet werden können:

ein Nachhaltigkeitsansatz vom Konsumenten her gedacht sei "narzisstisch" und "Gehirnwäsche" (52)

*Das ist schlicht überflüssige Polemik, zumal Hartmann keinen anderen Ansatz entwickelt.*

Sie gibt zu, dass die Konsumenten ja gar nicht nachhaltige Suffizienz wollen, tut aber so, als würde man ihnen übermäßige Verantwortung zuschieben, die sie gar nicht wahrnehmen könnten (52)

*Das ist widersprüchlich: Entweder sie wollen es wirklich nicht, dann haben sämtliche anderen öko-*

*politischen Ansätze ja auch kaum Aussicht auf Erfolg, denn diese müssten ja autokratisch gegen die überwältigende Mehrheit Konsumeinschränkungen durchsetzen. Oder aber es wird umgekehrt eine prinzipielle Bereitschaft zu Suffizienz durch kapitalistische Ökonomie und Politik konterkariert, dann muss schnellstmöglich ein Weg zur Ermöglichung von durch Eigenverantwortung mitgetragene Suffizienz ermöglicht werden. In beiden Fällen ist ein allgemeines Fußabdruck-Budget hilfreich.*

Der Industrie sei der Konsumentenansatz nur recht, sie trage dann nicht die Verantwortung und könne außerdem neue pseudo-nachhaltige Konsumangebote machen (54) , betreibt also greenwashing.

*Selbst ohne Fußabdruck-Budget kann jeder entweder das doch etwas nachhaltigere Produkt kaufen oder aber darauf verzichten, die Möglichkeiten des Konsumenten gehen aber weiter: Man kann das einfachere Modell kaufen, für möglichst lange Lebensdauer sorgen, vielleicht flicken und reparieren oder etwas in auch leicht angegriffenen Zustand trotzdem noch nutzen. Mit Budget und transparenten Fußabdrucks-Zahlen für alles Kaufbare aber gibt es kein greenwashing mehr. Hartmann schlussfolgert selbst sehr richtig, für ethisch-nachhaltige Konsumententscheidungen "müssten alle Lebensphasen solcher Waren überprüft und verglichen werden: von der Rohstoffgewinnung über den Transport und die Produktion bis zur Lagerung und Entsorgung."*

"ein massenhafter Konsumverzicht [würde] schon aus psychologischen Gründen niemals stattfinden" (55)

*Natürlich, ohne allgemein gültiges Budget nicht. Genau dieses würde aber der bräsigen "Psychologie" auf die Beine helfen.*

Die Politik sichere sowieso die großen Konzerne ab, egal ob mit gutem oder schlechtem Absatz. (55)

*Das stimmt so sicherlich, massiver systematischer Absatzeinbruch wegen sich ändernder Konsumgewohnheiten, der ja keine Erwartung eines neuen Booms mit denselben Produkten lässt, würde aber einen Strukturwandel bei entsprechenden Konzernen und Branchen unausweichlich machen.*

Die Betonung der individuellen Verantwortung sei Teil der neoliberalen ideologie, in der politische Kämpfe nicht mehr erwünscht sind. (57) "Aus vielen individuellen Einkaufs- oder Verzichtsentscheidungen wird nie ein großes Ganzes, sondern höchstens ein privates gutes Gewissen."

*Mit dem transparenten Budget dann eben doch. Eine Konzession an liberales Denken kann aber übrigens auch nicht schaden, es erhöht die Akzeptanz des Ansatzes, der insgesamt in sozialistische Richtung geht.*

Regionales und saisonales Gemüse sei in Deutschland nicht überall zu haben, wenn man es gerne hätte, weil das Land für Tierfuttermittel gebraucht werde. (58 f)

*Hier spielt sie Konsument\*in gegen Konsument\*in aus. Natürlich nehmen die Fleischesser den Vegetariern Land (weltweit) weg; das Budget sorgt für die Eindämmung des Fleischkonsums.*

Urlaubsflüge würden als Kompensation für entfremdete Arbeit in Anspruch genommen. (59)

*Das Budget sorgt für die Eindämmung des Flugkonsums. Und wie gedenkt Hartmann denn die*

*Ursache zu bekämpfen? Von vergesellschafteten und demokratisierten Arbeitsprozessen, die den Menschen Freude oder zumindest Sinn geben könnte, ist leider nirgends bei ihr die Rede.*

Der Konsumentenansatz lenke von Verteilungsfragen ab (60), "Konsumentendemokratie" und "ethischer Konsum" sei bei besser Verdienenden populär, weil diese Schicht Lifestyle-Nachhaltigkeit mit speziellen Produkten praktiziere.

*Das Budget sorgt erstens für mehr Klimagerechtigkeit, indem die Reichen keinen (zumindest materiellen) Grund mehr für ihren Reichtum sehen können, merzt zweitens einen rein moralisierenden Diskurs über Konsum aus und macht drittens fadenscheinige Lifestyle-Nachhaltigkeit unmöglich.*

"Kaum kritisieren die Fridays-for-future-Aktivistinnen Vielfliegerei und SUVs, kommen die Älteren und halten ihnen vor, wie schädlich ihre Smartphones sind und wie viel Energie die Nutzung des Internets verbraucht. Aber wenn wir uns bloß in persönlichen Schuldzuweisungen verheddern – 'du fährst Ski, wie kannst du nur?' - 'Du bist auch nicht besser, du fährst Auto!' -, kommen wir keinen Schritt weiter." (63)

*Eben! Ein Budget würde diesen entsolidarisierenden "moralischen Wettbewerb" (ebda) stoppen und auflösen.*

## **Von der Idee in die Praxis**

Der hier vorgeschlagene Ansatz ist ein Beispiel für **konkrete Utopie** im Sinne Ernst Blochs. Folgende Elemente machen nach Bloch allgemeine Utopie konkret:

- es werden **Tendenzen und Latenzen** aufgegriffen, es wird systematisiert, was sowieso ansteht und schon in der Luft liegt, was Viele auf unsystematische Weise ansatzweise schon ahnen oder im Kopf haben, es berührt auch emotionale Ebenen (sozialistischer "**Wärmestrom**")
- es gibt eine Dialektik von **Nahziel und Fernziel**, das erreichte Nahziel birgt Potential zu tiefer gehenden Veränderungen in sozialistische (marxistische) Richtung
- es ist ein **Novum**, eine Praxis, die es bisher so noch nicht gab
- es wird **Real-Mögliches** aufgegriffen, es wäre ohne gigantische Umwälzungen relativ zügig machbar, es ist kein allgemeiner Wunschtraum

Der vorgeschlagene Ansatz

- knüpft beim Menschen an, bei seinen Sehnsüchten nach erhaltener Natur, seiner kognitiven Dissonanz, seiner Bereitschaft zu Solidarität, wenn alle es auf transparente Weise tun müssen, bei seiner Ablehnung komplexer und intellektuell schwieriger Utopiemodelle, bei individuellen und auch kollektiven haushälterischen Denkgewohnheiten einschließlich der (vorerst) überhaupt nicht tangierten Marktwirtschaft, bei (wenn auch entfremdeter) Identifikation mit Wohlstand und Konsum statt mit dem Verhältnis zum Produktionsprozess, das keinen Veränderungswunsch mehr erzeugt
- ist relativ schnell umsetzbar und praktikabel, im alltagssprachlichen Sinn konkret,

gleichzeitig aber genügend Novum, um Konsum, Habitus, Produktion, politische Entscheidungspfade und öffentlichen Diskurs zu transformieren

- ist im weitesten Sinn marxistisch, da die Fundamente für Gebrauchswert in den Vordergrund gegenüber dem Tauschwert treten, da Klima- und Ressourcengerechtigkeit viel stringenter als in sonstigen monetären Umverteilungsforderungen erreicht werden kann, da Unternehmen durch die einzige politische Intervention zu Gemeinwohlverhalten angehalten werden

Wenn konkrete Utopien ihre Praktikabilität reflektieren, dann geht es nicht nur darum, zu begründen, ob die Utopie sich überhaupt in beschreibbaren Handlungsschritten sachlich realisieren lässt. Realisierung ist ja immer gebunden an die habituelle, d.h. soziale, gedankliche und emotionale Bereitschaft großer Mehrheiten, sich ab hier und jetzt auf die Umsetzungsschritte einzulassen. Neben den technisch-organisatorischen Fragen, der "objektiven" äußeren Seite des utopischen Prozesses stellen sich Bewusstseinsfragen, die "subjektive" innere Seite des Prozesses im Kollektiv und auch beim Einzelnen. In den Diskurs über die "objektive" äußere Umsetzung gehen dabei die habituellen Einstellungen schon ein. Auf welche Weise der Fußabdruck gemessen, kommuniziert, transparent gemacht und durchgesetzt wird, ist nicht nur ein Informationserfassungsproblem, sondern eins, das zutiefst mit meinen politischen und gesellschaftlichen Einstellungen zusammenhängt. Welchen Freiheitsbegriff lege ich zugrunde? Welches Vertrauen habe ich in öffentliche Institutionen? Welche Rechtsvorstellungen habe ich? Welches Demokratieverständnis habe ich?

Gesetzt, man habe sich auf einen bestimmten vorläufigen Grenzwert geeinigt, zB. die abgeschwächteste Variante, den Durchschnitt des momentanen Fußabdrucks oder, etwas nachhaltiger, die 7 bis 8 Tonnen, die Schneidewind vorschlägt und die Gratzel im Selbstversuch erreicht hat. Die Zeit, die gebraucht wird, um politisch den Grenzwert festzulegen, kann parallel dazu genutzt werden, die Berechnungen für Tausende Konsumartikel sowie Dienstleistungen aller Art durchzuführen. Beides könnte vielleicht im Zeitraum eines Jahres passieren.

Staat und Gesellschaft können sich entscheiden, auf welche sanfte oder nachdrückliche Weise sie diesen Grenzwert beschließen und einführen wollen: Zwischen der Eigenverantwortung des Bürgers, der seinen Fußabdruck kennt und mit ihm infolgedessen haushalten kann, über Mahnungen an die Bürger, die ihr Budget überschreiten bis hin zu Restriktionen, die bei Überschreitung dazu führen könnten, dass weiterer Konsum vielleicht wesentlich teurer, vielleicht sogar nicht mehr möglich ist, gehen mögliche politische Spielräume. Schon die ernsthafte Diskussion darüber in der Öffentlichkeit und auf politischer Bühne würde Bewusstseinsprozesse in Gang bringen, neue Diskursthemen setzen, politische, ökologische und ökonomische Positionen, Haltungen und Argumentationsmuster neu ordnen, natürlich auch neue Konfliktlinien, Koalitionen und Gegnerschaften erzeugen. Aber das wäre ja alles erwünscht, konstruktiv und hoffentlich produktiv und wirkungsvoll.

An den Kassen würde danach konsequent jeder Geschäftsprozess als Fußabdruck ausgewiesen werden. Er steht sowohl auf den Waren und den Angeboten für Dienstleistungen als auch auf den Quittungen als zweiter Posten neben den Geldsummen. Einer entsprechenden Behörde, die dem Umweltministerium zugehörig ist und entsprechend mit den wissenschaftlichen Berechnungsinstituten vernetzt ist, wird bei jeder Transaktion der Fußabdruck übermittelt. Mit einem Passwort

kann jeder Bürger sich über seinen ökologischen Kontostand informieren, falls er keine Lust hat, sich die Summen anhand von Quittungen und Rechnungen selbst zusammenzuzählen. Nach der Ampelmethode (vielleicht mit mehr Abstufungen als grün-gelb-rot) wird jede Bürger\*in über ihren Stand informiert, wenn die nächste Ampelstufe überschritten ist, bei Rot mit Warnungen und Empfehlungen, den Konsum jetzt entsprechend zu drosseln. Werden mehrfach die Warnungen und Mahnungen ignoriert, muss sanktioniert werden, wenn das Gemeinwesen sich mit seinem Ziel, das anzustrebende Limit nicht nennenswert zu überschreiten, wirklich identifizieren will. Z. B. könnte die Kartenzahlung gesperrt werden, möglich sind dann nur noch Bargeldkäufe für den täglichen Bedarf, wobei dann auch Bargeldauszahlungen kontingentiert werden, so dass der Automat nur noch begrenzte Summen hergibt.

Bei diesen Überlegungen ist natürlich eines völlig klar: Wie das genau funktionieren könnte, kann niemand allein festlegen. Worauf es ankommt, ist eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, auf der viele Einzelne an einer gesellschaftlichen Planungsdebatte teilnehmen sollten, die demokratisch legitimiert und installiert wird. Es käme darauf an, dass Einzelne sich gedanklich anregen lassen und das hier vorgeschlagene möglicherweise noch besser und genauer durchdenken als ich es tue, um sich in die Umsetzungsarbeit einzumischen. Es wird immer so sein, dass jede(r) von uns einiges von dem, was andere vorschlagen, mittragen könnte, anderes wieder nicht. Das gilt für jedes planerische Detail genauso wie für jeden konkret-utopischen Ansatz insgesamt.

Dr. Thomas Friedrichs

Krefeld, Oktober 2021

Literatur:

**Aydurmus**, Didem: Survival despite the people: Democratic destruction or sustainable meritocracy, Dissertation Istanbul 2020 [zitiert nach der durch die Autorin frei gegebenen online-Ausgabe]

**Bruhn**, Thomas/Böhme, Jessica, Mehr sein, weniger brauchen. Was Nachhaltigkeit mit unseren Beziehungen zu tun hat, Weinheim 2021

**Degrowth** in Bewegungen. 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, (hg. Von Burkhardt, Corinna/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina), München 2017

darin: Müller, Tazio: Klimagerechtigkeit: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapitalismus

Darin: **Burkhardt**, Corinna/Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina: Degrowth: In Bewegung, um Alternativen zu stärken und Wachstum, Wettbewerb und Profit zu überwinden

Darin: **Brand**, Ulrich: Post-Extraktivismus: International und herrschaftskritisch – gegendie Ausbeutung natürlicher Ressourcen und für ein gutes Leben

Darin: **Kliemann**, Christiane: Ökodorf-Bewegung: Degrowth als gelebte Realität?

Darin: **Dörre**, Klaus: Die neue Lust am Sozialismus. Option für eine Nachhaltigkeitsrevolution?

Darin: **Ekardt**, Felix: Suffizienz, Postwachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens

**Folkers, Manfred/Paech, Niko:** All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München 2020

**Fopp, David:** Gemeinsam für die Zukunft – Fridays for Future und Scientists for Future, Bielefeld 2021

**Foster, John/Clark, Brett /York, Richard:** Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten, Hamburg 2011

**Görgen, Benjamin/Wendt, Björn (Hg.),** Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?, München 2020

    darin: **Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea:** "All you talk about are fairx tales of eternal economic growth". Degrowth als konkrete Utopie für eine klimagerechte Zukunft

    darin: **Dörre, Klaus:** Die neue Lust am Sozialismus. Option für eine Nachhaltigkeitsrevolution?

    Darin: **Ekardt, Felix:** Suffizienz, Postwachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens

**Gratzel, Dirk:** Projekt Greenzero. Können wir klimaneutral leben? Mein konsequenter Weg zu einer ausgeglichenen Öko-Bilanz, München 2020

**Hartmann, Kathrin:** Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen, München 2020

**Hänggi, Marcel:** Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt, Zürich 2009

**Kempfert, Claudia:** Mondays for Future. Hamburg, 2020

**Kern, Bruno:** Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 2019

**Klein, Naomi:** Warum nur ein Green new deal unseren Planeten retten kann, Hamburg 2019

**Lange, Stefan/ Santarius, Tilman:** Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, München 2018

**Mock, Mirijam:** Verantwortliches Individuum? Die (Un)haltbarkeit der Erzählung von der Konsument\*innenverantwortung, in: Blühdorn, Ingolfur: Nachhaltige Nichtnachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld 2020

**Peukert, Helge:** Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand, Marburg 2021

**Rau, Thomas/Oberhuber, Sabine:** Material Matters, Berlin 2018



**Schneidewind**, Uwe: Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt/Main 2018

**Schor**, Juliet: Wahrer Wohlstand. Mit weniger Arbeit besser leben, München 2016

**Wackernagel**, Mathis/ Beyers, Bert: Der Ecological footprint. Die Welt neu vermessen, Leipzig 2010

**Zeller**, Christian, Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen, München 2020